

Berlin, 28. Oktober 2026

Wirtschaftsverbände und Güterbahnen warnen vor den Folgen politischen Stillstands bei den Trassenpreisen

Die Schienenmaut für den Güterverkehr droht preislich zu entgleisen. Ein Bündnis aus Güterbahnen und Wirtschaftsverbänden fordert daher Bundesverkehrsminister Steffen Bilger auf, die politische Hängepartie zu beenden und Lösungen vorzulegen. Denn steigende Transportkosten und fehlende Planungssicherheit werden zu immer stärkeren Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Wirtschaft.

Zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember soll die Schienenmaut erneut deutlich stärker steigen als die Inflation. Geplant ist eine Preiserhöhung von 13 Prozent durch die DB InfraGO. Gleichzeitig will der Bund seine Fördermittel für die Trassenpreise um 145 Millionen Euro kürzen. Unter Berücksichtigung dieser geplanten Kürzung könnte der tatsächlich zu zahlende Trassenpreis für einen Standard-Güterzug 2027 gegenüber 2026 um rund 75 Prozent steigen. Ab 2028 drohen weitere drastische Erhöhungen: Nach aktuellem Stand soll der Transport von Gefahrgütern (z. B. Mineralöl, Chemie, Düngemittel) um 84 Prozent und für besonders schwere Güter (z. B. Erze, Kohle und Baustoffe) um 108 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ansteigen. Hier ist die Kürzung der Trassenpreisförderung bereits eingerechnet. Da diese Güter kaum auf die Straße verlagert werden können, drohen Produktionsrückgänge und die Abwanderung ins Ausland.

Das Verbändebündnis warnt: „Preiserhöhungen sind das eine Übel, das andere ist die Unkalkulierbarkeit für alle Akteure entlang der Lieferketten. Die deutsche Wirtschaft kann es sich nicht leisten, dass ihre Transportkosten immer weiter steigen und die Politik strukturelle Probleme ungelöst lässt. Verlässliche Rahmenbedingungen, um Lieferketten zu organisieren, Preise zu kalkulieren und Investitionen zu planen, sind Grundlage jedes Unternehmens und kein ‚nice to have‘.“

Wenn die Unternehmen mit dem aktuellen unkalkulierbaren und immer teureren System alleingelassen werden, drohen Investitionsentscheidungen zugunsten anderer Wirtschaftsstandorte auszufallen und die angestrebte Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene zu scheitern. Die Verbände fordern, im Bundeshaushalt 2027 kurzfristig die Trassenpreisförderung für den Schienengüterverkehr von derzeit geplanten 200 Millionen Euro auf das aktuelle Niveau von 345 Millionen anzuheben, bis das aktuelle Trassenpreissystem grundlegend reformiert ist. Auch muss sichergestellt werden, dass die milliarden schweren Instandhaltungszuschüsse des Bundes tatsächlich bei den Nutzern der Schiene ankommen. Die Zuschüsse sollen einen Teil der Kosten des Betriebs der Infrastruktur abdecken.

„Wenn die Bundesregierung bei der Trassenpreisförderung erheblich aufstockt, wäre dies in kurzfristiger Perspektive ein wichtiger Schritt nach vorn, allerdings

bleibt die Einführung eines dauerhaft tragfähigen Preissystems unverzichtbar. Eine teure, unplanbare Schienenmaut verteuert Rohstoffe sowie Vor- und Endprodukte, treibt die Inflation und erhöht damit den Kostendruck auf die gesamte Wirtschaft“, **so das Verbändebündnis.**

Pressekontakte:

DIE GÜTERBAHNEN

Daniela Morling

Leiterin Kommunikation

Tel.: +49 (0)30 5314 9147 1

Mobil: +49 (0)151 555 081 83

morling@netzwerk-bahnen.de

DSLV Bundesverband Spedition und Logistik e. V.

Polina Zavadska

Leiterin Kommunikation und Medien

Tel.: +49 (0) 30 405 0228 12

PZavadska@dslv.spediteure.de

Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI

Monika von Zedlitz

Pressesprecherin

Tel.: +49 (0)69 255 614 73

zedlitz@vci.de

Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V.

Alexander von Gersdorff

Pressesprecher und Leiter Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49 (0)30 403 66 55 50

Mobil: +49 (0) 174 189 45 59

alexander.vongersdorff@en2x.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Susan Saß

Leiterin Kommunikation

Mobil: +49 (0)151 625 667 30

susan.sass@wvstahl.de

Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe e. V. (ZDS)

Lennart Albrecht

Referent Kommunikation

Mobil: +49 (0)172 614 23 61

lennart.albrecht@zds-seehaefen.de